

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 37.

Mittwoch, 14. Februar

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1296, Redaktion Nr. 4674.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Reaktionsdruck (Eingelamb) 150 Pf. Freiermächtig auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Die Ständige Kommission der Internationalen Zerkonferenz hat ihre Arbeiten bis zum 26. Februar unterbrochen, nachdem über die wesentlichen Punkte — Erneuerung der Konvention auf weitere fünf Jahre, Genehmigung eines außerordentlichen Exportkontingents von 250 000 Tonnen an Rußland — Einverständnis erzielt worden ist.

Die französische Deputiertenkammer hat das Kottenprogramm mit 452 gegen 73 Stimmen angenommen.

Bei der Besprechung des Kriegsbudgets im französischen Senat erklärte Kriegsminister Millerand, Frankreich werde gegen Ende dieses Jahres 27 Feld- und 5 Flugzeugluftschiffe, bestehend aus 344 Flugzeugen, mobilisieren können.

Durch Einsturz des Kais in San Remo wurden zwanzig Schiffe unter den Trümmern begraben. Fünf Schiffe wurden gerettet, acht verlegt.

Huanhsikai hat den Titel eines bevollmächtigten Organisations der Republik China angenommen.

Die japanischen Dampfer „Kiyomaru“ und „Korimaru“ liegen bei Kagasaki zusammen und sanken. 46 Personen sind hierbei ertrunken.

Amthlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Kommerzienrat Louis Bernhard Lehmann in Wlasewitz das ihm von Se. Majestät dem König der Belgier verliehene Kommandeurkreuz des Ordens Leopolds II. annehme und trage.

Die Einfuhrstelle Klingenthal ist für die Einfuhr von Rind- und Zuchtvieh aus Österreich wieder geöffnet worden.

Dresden, den 12. Februar 1912.

229 II V.

Ministerium des Innern. 1098

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königl. Hofe.

Dresden, 14. Februar. Se. Majestät der König wohnte früh 8 Uhr den Rekrutenbesichtigungen beim 2. Bataillon des 12. Infanterieregiments Nr. 177 bei und empfing mittags die Hofdepartementschefs zum Rapport.

Abends 9 Uhr wird Se. Majestät die Ballfestschicht bei Se. Exzellenz dem Staatsminister Grafen Siphium v. Eckardt im Ministerhotel auf der Seefstraße besuchen.

Deutsches Reich.

Reichstag.

Über den Verlauf der gestrigen Sitzung des Reichstags haben wir bereits gestern unter Drahtnachrichten berichtet. Nachgetragen sei noch, daß zu Schriftführern gewählt wurden Dr. Bärovindl (nl.), Dr. Reumann-Döcker (fortsch. Sp.), Städtgen (soz.), v. Rosenfeld (Volk), Rogalla v. Biederstein (son.), Engelen (Z.), Dr. Welger (Z.) und Fischer-Berlin (soz.).

Das Zentrum hat im Reichstage eine Anzahl von Anträgen eingebracht, über die folgendes mitgeteilt werden möge: Ein Antrag erludt den Reichskanzler, die erforderlichen Maßnahmen dahin zu treffen, daß 1. für die Angestellten des Reichs in den Reichsbetrieben Angestelltenauschüsse errichtet werden, 2. für die Verkehrsangehörigen reichsgesetzlich eine tägliche Rindstrube und mögliche Erleichterung der Sonntagsruhe geschaffen wird, 3. eine Statistik über die Familienverhältnisse (ob verheiratet und Kinderzahl) der Arbeiter und Angestellten des Reichs, getrennt nach Kategorien, dem Reichstag vorgelegt wird. Ein weiterer Antrag fordert die tunlichst baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, der bezüglich der Gehilfen der Rechtsanwältel, Notare und Gerichtsvollzieher, ferner der Beamten und Angestellten der Krankenkassen über die Arbeitszeit, die Rindigungsfrist, die Sonntagsruhe, die berufliche Aus- und Fortbildung, die gleiche oder ähnliche Vorschriften vorzulesen, wie sie das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung hinsichtlich der Handelsangestellten enthält. Ein weiterer Antrag

erludt die Verbündeten Regierungen, alsbald die erforderlichen Anordnungen zu treffen, wonach 1. Freifahrt für die beurlaubten Soldaten auf den deutschen Eisenbahnen gewährt wird, 2. die Einberufungen der Reservisten und Landwehrmänner nicht zu Einzelreisen geschieht. Ein fünfter Antrag fordert Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung; er fordert die tunlichst baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch den a) die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs geregelt, b) ein Rechnungshof des Deutschen Reichs errichtet und mit den nötigen Befugnissen ausgestattet und c) die Mitwirkung des Reichstags an der Kontrolle des Vollzugs des Reichshaushalts umschrieben und sichergestellt wird. Ein weiterer Antrag will die Geschäftsordnungskommission des Reichstags mit der Revision der Geschäftsordnung des Hauses beauftragen. Ein weiterer Antrag fordert die Vorlegung einer Novelle zum Reichsbeamtengesetz, durch die der freiwillige Ausbau des Beamtenrechts nach folgenden Richtungen geschieht: 1. Gewährung rechtlichen Schutzes vor der Eintragung ungünstiger Tatsachen in die Personalakten, 2. Garantien für das Koalitionsrecht, 3. Reform des Disziplinarverfahrens, 4. Einführung des Wiederbeschäftigungsrechts.

Dem Reichstag sind eine große Anzahl von Initiativanträgen der Fortschrittlichen Volkspartei zugegangen. Sie beantragen u. a., den Reichskanzler zu ersuchen, zur Beilegung der volkswirtschaftlich und sozial gefährlichen Anbahnung von Grundbesitz in Händen einzelner auf reichsgesetzlichem Wege eine Veränderung oder mindestens Erleichterung der Neubildung von Fideikommissen und eine Erleichterung der Auflösung bestehender Fideikommissen in den Einzelstaaten in die Wege zu leiten. Landwirtschaftliche Fragen berührt auch ein weiterer Antrag der Volkspartei, der die Regierung um baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfs erludt, durch den die Rechtsverhältnisse zwischen den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitern sowie dem Gelände einerseits und deren Arbeitgebern andererseits rechtsgesetzlich geregelt werden. Die Volkspartei erludt ferner die Verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zur Beilegung der dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen. Sie fordert in einem Antrag die Beilegung der Hindernisse für die Aufhebung des Schieds- und Quittungs-Bemfels.

Wieder eingebracht hat die Volkspartei einen von ihr früher bereits gestellten Antrag zur Reform der Geschäftsordnung des Reichstags. Danach sollen bei der Besprechung von Interpellationen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnete Anträge gestellt werden dürfen, die dahin gehen, daß der Reichstag sich über die Billigung oder Nichtbilligung des Beschlusses des Reichstagsausschusses aussprechen möge. Ein weiterer Antrag verlangt eine baldige Abänderung der Bestimmungen für die Reichstagswahlen dahin gehend, daß 1. die Vollziehung der Wahlen nur am Sonntag geschehen darf, 2. die im deutschen Strafgesetzbuch zum Schutze des Wahlrechts getroffenen Bestimmungen erweitert werden, 3. zur Sicherung der geheimen Wahl wirksamere Vorschriften erlassen werden a) für die Abgrenzung der Wahlbezirke, b) für die Wahlurnen (von Reichs wegen kostenfreie Lieferung von Wahlurnen), die so beschaffen sind, daß eine Mischung der Wahlumschläge gesichert ist.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Gestern trat der Deutsche Landwirtschaftsrat im Sitzungssaal des preussischen Herrenhauses in Berlin zu seiner 40. Plenarversammlung zusammen. Die bekanntesten Führer der deutschen Landwirtschaft sind erschienen. Die Reichsverwaltung vertritt neben einem ganzen Stabe von Kommissaren der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück.

Der Präsident des Landwirtschaftsrats, Graf Schwerin-Löwitz, eröffnete die Verhandlungen mit folgender Ansprache:

„Unsere diesjährige Versammlung fällt in eine Zeit hochgepanneter politischer Erregung. Aber wie der Feld im Sturm bewegten Meer steht, unberührt von den Wellen der Meinungen des Tages und der Zeit, die unerschütterliche Treue und Liebe der deutschen Landbevölkerung zum Vaterland und zu seinen angeführten Fürstentümern. Ich fordere Sie auf, dieser treuen Ergebenheit für unsern Kaiser und für die deutschen Fürsten auch diesmal Ausdruck zu geben mit dem Rufe: Se. Majestät der Kaiser, die deutschen Fürsten und die freien Städte leben hoch!“

Die Versammlung stimmte begeistert in das Hoch ein. Hierauf nahm Staatssekretär Dr. Delbrück zu einer kurzen Begrüßung des Landwirtschaftsrats im Namen der Reichsverwaltung das Wort:

„Meine Herren, ich danke für die gütigen Worte der Begrüßung in meinem Namen und im Namen der anwesenden Vertreter der Verbündeten Regierungen. Zugleich erludige ich mich eines Auftrags des Hrn. Reichskanzlers, der zu seinem Verdauern durch dringende Dienstgeschäfte verhindert ist, hier persönlich zu erscheinen. Indem ich Sie meinerseits zu begrüßen die Ehre habe, spreche ich den Wunsch aus, daß es Ihrer bewährten Kraft und Arbeitsfreudigkeit gelingen möchte, auch diesmal die wichtigen Aufgaben, die Sie auf Ihrer Tagesordnung haben, mit Erfolg zu lösen zum Wohl der deutschen Landwirtschaft und unseres deutschen Vaterlands.“ (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Einen wichtigen Gegenstand der umfangreichen Tagesordnung bildeten die Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen zum Viehschutzgesetz, insbesondere zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Der Landwirtschaftsrat nahm hierzu nach mehrstündiger Aussprache folgenden Antrag an:

„Außer dem Grenzschutz, der in wirksamer Weise noch wie vor durchzuführen ist, hält der Deutsche Landwirtschaftsrat zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche die festgelegten Ausführungsvorschriften zum Viehschutzgesetz für zweckdienlich. Insbesondere erachtet er für notwendig

1. bei Neuansbrüchen der Seuche Tötung des Viehs nach § 169.

2. Im übrigen die Anwendung strenger Maßnahmen, um eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern, mit der Maßgabe, daß aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen, namentlich bei größerer Verbreitung der Seuche, Milderungen zugelassen werden können.

3. Die Sperbezirke und Beobachtungsgebiete nicht größer zu machen als durch die besonderen Verhältnisse des Landes erforderlich wird.“

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildeten Referate des Geschäftsführers des Verbandes der deutschen gemeinnützigen unparteiischen Rechtsauskunftsstellen, Rat Dr. Lint-Lübeck und des Geh. Justizrats Schneider-Berlin über Bedeutung und Durchführung der gemeinnützigen Rechtsauskunft auf dem Lande. Die Versammlung stimmte folgendem gemeinsamen Antrag der beiden Berichterstatter zu:

„Die gemeinnützige unentgeltliche Rechtsauskunft erfüllt in unserem Rechts- und Verkehrsleben eine sehr wichtige Aufgabe und verdient danach alle Förderung auch auf dem Lande.“

Da sich die Vertreter der deutschen Landwirtschaft vielfach und seit Jahren eine solche Rechtsauskunft für ihre Mitglieder, zum Teil auch mit der Unterstützung der deren Prozesse verbunden, haben angelegen sein lassen, so kann es sich für die Kreise der Landwirtschaft im wesentlichen nur um weitere Ausbreitung und Vervollkommnung dieser Einrichtung und gegebenenfalls um Zusammenschluß mit dem Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen handeln. Insbesondere wird sich die Beschaffung einer gemeinsamen Vertretung für die Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt und dem demnächstigen Obergericht der Angestelltenversicherung empfohlen.“

Danach wurde die Sitzung geschlossen.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretärs Prof. Dr. Dade findet das gemeinsame Festessen des Landwirtschaftsrats heute nachmittags 6 Uhr im Hotel Wilson statt. Zu diesem Festessen haben Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Staatssekretär Dr. Delbrück und der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer ihr Erscheinen zugesagt.

Die nationalliberale Partei.

Wir wollen uns der Wiedergabe der Beurteilung, die das Verhalten der nationalliberalen Partei in der Frage der Reichstagspräsidentenwahl von rechts und links erfährt, enthalten und uns darauf beschränken, die sehr ernsten Ausführungen der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung“ wiederzugeben. Das genannte Blatt schreibt unter der Überschrift „Wir fragen an“:

Die Entscheidung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl ist weder zu begreifen noch zu entschuldigen. Sie bedeutet einen Schlag gegen alle Traditionen, die bisher in der Partei hochgehalten worden sind. Gerade die Grundzüge, denen die Partei ihre hohe Achtung und ihr Ansehen verdankt, sind ausgegeben. Der Großblod und die Jungliberalen haben bei der Wahl Scheidemanns gesiegt. Dieser tiefbedauerliche Sieg ist aber auf Kosten der Gesamtpartei erfochten. Nur ein Blinder kann übersehen, daß jetzt die Partei vor einer Spaltung steht. Alles entschuldigende Weisewort nützt nichts, die nackte Tatsache liegt fest: die Unbedingtheit der nationalen Loyalität der Partei ist zerbrochen. Darüber hilft die geistvolle und wertvolle Auslegung, die ja nicht ausbleiben wird, nicht hinweg; denn eine Partei wird nun einmal nicht allein mit Schönredereien regiert. Wie die Rechtsfertigungen aussehen werden, wissen wir schon: die berühmten „taktischen Überlegungen und Rücksichten“ werden wieder einmal herhalten müssen. Mit dem „taktischen Wandern“ in Baden fing es an, allmählich hat sich aber daraus in Stimmung und Ausdruck der süddeutschen Parteifreunde recht viel mehr und für uns nicht gerade Erquickliches entwickelt. Man entschuldigt in Baden nicht mehr das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, sondern man preist es geradezu als rettende Tat und empfiehlt den Großblod immer weiterer Nachahmung. Bayern ist schon gefolgt. Eine ganze Reihe von Stichwahlen, die im Reich ausgegeben worden sind, haben zu unserem Bedauern erkennen lassen, daß die unser bürgerliches politisches Gewissen geradezu zerlebensende Idee der taktischen Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie ihre schließliche Krise schon recht weit gezogen hat. Unter dem Eindruck der jetzigen Haltung der Fraktion gewinnt auch die Bismarckische Rede in Saarbrücken wieder viel von dem unangenehmen Beigeschmack, den man ihr zu nehmen bisher bemüht gewesen ist.

Wenn unsere Gegner triumphierend darauf zurückkommen werden und die für den Führer einer großen nationalen Partei nicht gerade glücklichen Worte erneut als den Anfang der Großblodübertragung auf das Reich hinstellen werden, wird eine Verteidigung dagegen heute recht schwer fallen. Denn schließlich hat doch die ganze Wahl im Reichstage im letzten Ende auf ein Großblodpräsidium hingearbeitet. Daß der Sozialdemokrat Scheidemann erster Vizepräsident geworden ist, ist ganz sicher die Schuld der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Wären es